

POSITIONSPAPIER

des Vereins **Gemeinsam länger lernen in Sachsen e.V.**

Unsere Kinder werden in den Schulen viel zu früh voneinander getrennt – daran hat das neue Schulgesetz, das ab August 2018 in Kraft tritt, nichts geändert. Daher soll mit einem Volksantrag zur Ergänzung des Schulgesetzes künftig auch in Sachsen die Möglichkeit geschaffen werden, LÄNGERES GEMEINSAMES LERNEN zu realisieren.

SCHULE IN SACHSEN

Schülerinnen und Schüler werden in Sachsen nach der 4. Klassenstufe weiterführenden Schularten zugeordnet. Dabei ist unbestritten, dass die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder zu diesem Zeitpunkt noch nicht genau bestimmbar sind. Dennoch gibt es Längeres gemeinsames Lernen in Sachsen bislang grundsätzlich nur an freien Schulen und mit Ausnahme-regelung an der Nachbarschaftsschule Leipzig und dem Chemnitzer Schulmodell. In neun deutschen Bundesländern gehören Gemeinschaftsschulen zur Schullandschaft und haben sich bewährt. International sind Längeres gemeinsames Lernen und Gemeinschaftsschulen ohnehin Standard.

GRÜNDE FÜR LÄNGERES GEMEINSAMES LERNEN

Weniger Schulstress: Die frühe Entscheidung über die weitere Schullaufbahn ist nicht objektiv und verstärkt den Schulstress und belastet Kinder, Eltern und Lehrende sozial und psychisch.

Elternwillen umsetzen: Mehr als zwei Drittel der Eltern schulpflichtiger Kinder plädieren bundesweit für Längeres gemeinsames Lernen über die vierte Klasse hinaus (JAKO-O Elternstudie von Killus/Tillmann 2017). 60 Prozent sind der Ansicht, dass der gemeinsame Unterricht den verschiedenen Lernvoraussetzungen besser Rechnung tragen kann.

Auch die Mehrheit der Sachsen ist dafür: In einer repräsentativen Befragung des EMNID-Instituts (2017) haben die Sachsen ein klares Bekenntnis zu einem Längeren gemeinsamen Lernen in der

Schule abgelegt. Knapp zwei Drittel lehnten die bislang übliche Aufteilung der Kinder nach der vierten Klasse ab. 66 Prozent sprachen sich für die Einführung einer Gemeinschaftsschule aus. Die Befürwortung ist bei unter 30-Jährigen besonders hoch. Schulschließungen vermeiden: Gemeinschaftsschulen sind geeignet, unterschiedlichen regionalen Bedingungen gerecht zu werden und auch für den Schulerhalt im ländlichen Raum zu sorgen.

Chancengleichheit durch bessere Förderung: Gemeinschaftsschulen bieten mit einem durchlässigen und individualisierten Lernangebot allen Schülerinnen und Schülern bessere Entwicklungschancen. Bei der aktuellen Sonderauswertung von PISA (2018) zeigte sich, dass eine gute soziale Mischung der Schülerschaft ein Erfolgsfaktor ist, um alle Kinder zu guten Leistungen zu bringen.

Gemeinsam lernt es sich besser: Das zeigen neben den internationalen Schulleistungsstudien auch die Begleitforschungen der Gemeinschaftsschulen in Deutschland. Sowohl leistungsschwache als auch leistungsstarke Schüler werden gefördert, wie die Evaluation der Gemeinschaftsschulen in Berlin ergab. Bei einem sächsischen Schulversuch gehörten die Gemeinschaftsschulen in Leipzig und Chemnitz zur Spitzengruppe.

GEMEINSCHAFTSSCHULEN JETZT!

Mit einer Ergänzung des Schulgesetzes wollen wir die Möglichkeit schaffen, Gemeinschaftsschulen einzuführen. Der Bevölkerungswille wird damit umgesetzt, die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen und die positiven Erfahrungen der Schulpraxis werden berücksichtigt. Dabei können die Schulen in Absprache mit dem Schulträger selbst entscheiden, ob sie eine Gemeinschaftsschule werden oder nicht.

Gemeinsames Lernen ermöglicht und verlangt eine Lernkultur, in der eine konsequente individuelle Förderung jedes Kindes mit Binnendifferenzierung und kooperativen Lernformen realisiert wird.

So erhalten alle Schülerinnen und Schüler verbesserte Lernchancen, unabhängig von speziellen Förder- und Unterstützungsbedarfen oder besonderen Begabungen. Nur wenn junge Menschen die Schulzeit gemeinsam durchleben und miteinander lernen, werden sie auch später verständnisvoll und achtsam miteinander umgehen können.

Dieser Anspruch lässt sich optimal nur langfristig in einem entwicklungs-offenen Bildungsgang ohne zuweisende Bildungsempfehlung und Schulwechsel verwirklichen. Eine Gemeinschaftsschule umfasst somit grundsätzlich alle Klassenstufen (von der 1. Klasse bis zum Schulabschluss) in einem gemeinsamen Bildungsgang ohne Zuordnung zu unterschiedlichen Schularten. Mit der Neuregelung sollen Zusammenschlüsse und Kooperationen vorhandener Schulen ermöglicht werden. Über das passende Organisationsmodell der Gemeinschaftsschule entscheiden die jeweiligen Schulen und der Schulträger vor dem Hintergrund der Schulsituation vor Ort.

GEMEINSCHAFTSSCHULE IM KONSSENS

Gemeinschaftsschulen in Deutschland wurden von unterschiedlichen Regierungskoalitionen eingeführt. Das Interesse unserer Initiative für Längeres gemeinsames Lernen ist es ebenfalls, zu einem übergreifenden Schulkompromiss zu gelangen.

Längeres gemeinsames Lernen und die Errichtung von Gemeinschaftsschulen sollen dort möglich sein, wo Lehrende, Lernende, Eltern und der Schulträger es ausdrücklich wünschen. Grundlage ist ein gemeinsam erarbeitetes Pädagogisches Konzept. Auf diese Weise wird der Schulfrieden gesichert und zugleich die Weiterentwicklung von Sachsens Schulen ermöglicht.



LANDTAGSWAHL BAYERN

Zum Ergebnis der Landtagswahl in Bayern erklärt Antje Feiks, Landesvorsitzende DIE LINKE. Sachsen:

„Der vermeintliche Rechtsruck findet in Bayern nicht in der Gesellschaft, sondern nur in der Wählerschaft der CSU statt. Die CSU wird von Geistern geplagt, die sie selber rief.“

CSU und AfD kommen zusammen auf ca. 46.5 %, bei der Landtagswahl 2013 hatte allein die CSU knapp 47.7 %. Der Rechtsblock aus AfD und CSU hat damit bei dieser Landtagswahl einen etwas geringeren Stimmenanteil als die CSU bei der Landtagswahl 2013. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 (CSU + AfD: 51.2 %) verlieren beide zusammen sogar knapp 5 %.

„Einen Tag vor der Landtagswahl gingen in Berlin eine Viertel Million Menschen für eine soziale Politik und gegen Ausgrenzung auf die Straße. Bei der Wahl im eher konservativen Bayern kann die politische Rechte insgesamt nicht zulegen, sondern verliert leicht. Der vermeintliche Rechtsruck ist bei dieser Wahl nicht existent.“, sagt Antje Feiks.

Zum Abschneiden von DIE LINKE in Bayern erklärt Feiks: „Nach derzeitigem Stand ist es sehr unwahrscheinlich für uns LINKE, in den bayerischen Landtag einzuziehen. Aber es gibt auch Erfolge: In Bayern sind in diesem Jahr über Tausend Menschen in DIE LINKE eingetreten. Unsere Genossinnen und Genossen haben unter schweren Bedingungen famosen Wahlkampf gemacht. Es gibt kaum linke Stammwähler, keine Landtagsfraktion und Bayern ist für Linke schon immer ein schweres Pflaster. Die Angst vor der Fünf-Prozent-Hürde dürfte auch eine Rolle gespielt haben. Die Chance war da, für das Wunder hat es diesmal leider noch nicht gereicht. Dass wir als LINKE in Bayern in einem Sieben-Parteien-Wettbewerb zulegen konnten, freut uns trotzdem.“~

INFOSTAND IN TREUEN ZUM VOLKSANTRAG!



© Andrea Roth

Mittwoch, 17.10.2018 – wieder ist in Treuen Markttag. Und: Wie immer – es kommen nur wenige Händler zum „Wochenmarkt“ nach Treuen – es fehlen einfach die Kunden für ihr Geschäft! Laufkundschaft kommt selten – man kennt sich halt!

Trotzdem hatten wir einen Infostand für das Sammeln von Unterstützerunterschriften für den Volksantrag zum längeren gemeinsamen Lernen. Dabei wurden unsere beiden Stadträte Renate Lauer und Longin Ritter tatkräftig von der für die AG Infrastruktur im Bündnis verantwortlichen ehemaligen vogtländischen Landtagsabgeordneten Andrea Roth unterstützt. Am Mittag standen dann 44 Unterschriften auf den Listen. Wir sagen Danke! Dazu trug sicher auch unsere Presseankündigung für diesen Infostand bei.

Grundsätzlich lassen wir unsere Veranstaltungen immer in der Freien Presse und im Vogtlandanzeiger ankündigen. So konnte diesmal auch eine Journalistin des Vogtlandanzei-

gers am Stand in Treuen begrüßt werden. Leider kam es danach in ihrem Bericht im VA zu einer Namensverwechslung zwischen der ersten Unterstützerin des Volksantrages und unserer Stadträtin Renate Lauer.

Weitere Aktivitäten in Treuen – Ja zum Volksantrag! Am Dienstag, 13.11.2018 findet in Treuen, Friedensstraße 3 ab 18.30 Uhr in den Räumen des Jugendzentrums eine Bürgerinformationsveranstaltung zum Volksantrag statt! Anwesend wird die schulpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Cornelia Falken und eventuell auch Andrea Roth sein. Alle Interessenten sind eingeladen. Wir werden auch schriftlich die Abgeordneten, die Stadtverwaltung und die Verantwortlichen für den Schulverband Treuen-Neuensalz und auch die örtlichen Vertreter des Bündnisses einladen. Außerdem sind in Treuen und Lengenfeld weitere Infostände zum Volksantrag geplant.

Peter Jattke



Für eure Artikel!

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
immer der 15. des Vormonats

Sendet uns eure Beiträge an: redaktion@dielinke-vogtland.de



MITGLIEDERVERSAMMLUNG IM ORTSVERBAND GÖLTZSCHTAL

In unserer Mitgliederversammlung des Göltzschtalverbandes, einschließlich Klingenthal, haben wir ein umfangreiches Programm abgearbeitet.

Wir trafen Festlegungen zur Aktion „längeres gemeinsames Lernen“ und verteilten das notwendige Material.

Die Fraktionsvorsitzenden aus den Städten berichteten über ihre Probleme bei der Durchsetzung einer bürger-nahen Politik gegen die Mehrheit der CDU- Abgeordneten, die besonders in Auerbach von den Abgeordneten der SPD noch übertroffen werden. Übereinstimmend wurde hervorgehoben, dass bei vielen Problemen gemeinsame Beratungen, wie sie durch die frühere Landtagsabg. Genn. Roth durchgeführt wurden, sehr hilfreich waren. Es sollten unbedingt wieder solche Zusammenkünfte organisiert werden.

Genossin Wolff berichtete vom Landesparteitag über die Mitgliederbefragung zur stärkeren Einbeziehung der Mitglieder in die Entscheidung zum Spitzenkandidaten und zur Richtungsbestimmung für die weitere Entwicklung der Partei.

Wir begrüßen die Gedanken, denn unabhängig vom Ergebnis wird es eine Aktivierung der Mitglieder und Sympathisanten bringen. Wenn es um die Entscheidung geht, Konzentration auf den Ausbau der Solidarität oder die Stärkung individueller Freiheiten, sollten wir uns auf unsere Tradition besinnen: "Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht....die Solidarität."

Solidarisches Miteinander sichert die Entwicklung der Gesellschaft und jedes Einzelnen. Wir müssen dem Trend entgegenwirken, dass die grenzenlose individuelle Freiheit idealisiert wird. Freiheit ist gut, wenn sie anderen nicht schadet. Der Nebensatz ist wichtig, wird aber in der gesellschaftlichen Wertung und der Rechtsprechung zu wenig beachtet. Es gilt die aktive Solidarität, wie sie es bei Naturkatastrophen zum Glück noch gibt, wieder stärker in den Alltag zu bringen. Es

muss wieder selbstverständlich werden, Benachteiligten und Schwachen zu helfen, gesetzliche Möglichkeiten zu nutzen. Die Abgeordneten sollten stärker darauf achten, dass Durchführungsbestimmungen für jeden verständlich sind.

Besonderen Wert lege ich aber auch darauf, dass die Solidarität nicht nur für Deutsche gelten darf. Menschen sind auch die, die nicht unsere Abstammung haben. Dass es bei uns vielen Menschen gut geht, ist nicht nur Verdienst der Deutschen. Wir erarbeiten den Wohlstand nicht allein. Denkt nur an Griechenland. Die ausgereichten Kredite haben uns Milliarden an Zinsen und wertvolle Immobilien gebracht, die auf Druck der EZB von Griechenland verkauft werden mussten. Mit den Menschen in Afrika wird Neokolonialismus praktiziert. Entwicklungshilfe für die Menschen wird nur

wirksam durch Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen. Wir hatten in der DDR gute Erfahrungen mit Objekten in der Landwirtschaft. Geldzahlungen an Regierungen verfehlt meist den Zweck.

Wir dürfen den Menschen nicht vorschreiben wie sie zu leben haben und wen sie zu, wählen haben. Der arabische Raum zeigt deutlich, wohin es führt, wenn die Mächte der NATO versuchen, ihre Ziele mit Waffengewalt durchzusetzen.

Leider konnte man bis jetzt den Einfluss linker Kräfte kaum spüren. Das sollte sich schnell ändern.

Ursel Mieth

**Sabine Zimmermann:
Sozial mit aller Kraft!**



**Bürger*innensprechstunde
mit Sabine Zimmermann**
(Mitglied d. Deutschen Bundestages)
16. November 2018, 10 - 14 Uhr
Bahnhofstraße 49, 08523 Plauen

DIE LINKE.
Kreisverband Vogtland

www.dielinke-vogtland.de

WIE VIEL MUSS DIE DEMOKRATIE NOCH ERTRAGEN?

Sehr geehrter Herr Landrat Rolf Keil, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer,

der Stadtvorstand der Partei DIE LINKE Plauen und die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Plauen wenden sich in aller Entschiedenheit gegen die Genehmigung eines Lichtermarsches der rechten Organisation der III. Weg durch das Zentrum der Stadt Plauen am 29. Oktober 2018.

Nicht nur dass der Lichtermarsch schon fatal an den Fackelzug der Nazis zur Machtergreifung Hitlers erinnert, von besonderer Infamie - es ist auch noch der Geburtstag J. Goebbels. Jenem Naziverbrecher, der mit ein Wegbereiter des Holocausts war, der Millionen Menschen das Leben kostete. Mit Blick auf die Geschehnisse in Plauen am 9. November 1938 hat brauner Geist im Vorfeld des 80. Jahrestages des Niederbrennens der jüdischen Synagoge und der brutalen Verfolgung zahlreicher jüdischer Mitbürger in Plauen und im Vogtland keinen Platz.

Die Pogromnacht war nach den vielfältigen Schritten der Naziführung zur systematischen Diskriminierung von Juden in Deutschland Auftakt zum Massenmord an deutschen und europäischen Juden, zum größten Verbrechen an der Menschheit. Die einst blühende jüdische Gemeinde mit ihrer neu errichteten wunderschönen Synagoge in Plauen wurde ausgelöscht.

Für uns ist es unverständlich, dass die Entscheidungsträger für die Genehmigung eines solchen Marsches hier nicht die Courage haben, so eine Veranstaltung abzulehnen. Hier hört unser Demokratieverständnis auf. Schon aus Anstand gegenüber den vielen Opfern und deren Angehörigen. Wie wollen Sie das jenen Menschen erklären, die nur ein paar Tage später der Pogromnacht gedenken. Jenen, die die Grauen der Nazizeit noch erlebt haben und denen, die heute alles dafür tun, dass sowas nicht wieder passiert.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES ORTSVERBAND PLAUEN



© Kai Grüntler

Am 26.09.2018 fand in der Jugendherberge die Mitgliederversammlung des OV Plauen statt, an der 30 Genossen und Genossinnen teilnahmen. Auf der Tagesordnung stand u.a. die Auswertungen des Landesparteitages, des Friedensfestes und die Wahlen im nächsten Jahr. In Auswertung des Landesparteitages wurden die wichtigsten Punkte von ALEKESA genannt und um Mitarbeit an der Basis gebeten. Spontan meldeten sich gleich mehrere Anwesende, die sich in nächster Zeit treffen wollen und darüber diskutieren wollen. In Auswertung des Friedensfestes wurde die geringe Teilnahme, auch von unseren Genossinnen und Genossen, kritisiert. Diese

Sehr geehrter Herr Landrat Rolf Keil, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer,

wir fordern Sie auf, alle juristischen Möglichkeiten ins Feld zu führen, um den Marsch zu verhindern und den zivilgesellschaftlichen Protest gegen Hass, Menschenfeindlichkeit und die Umwertung der Geschichte durch braunen Geist zu befördern. Setzen Sie ein Zeichen! Stellen Sie sich an die Spitze dieses Protestes! Plaunens Geschichte verbietet das Wiederauferstehen dieses Geistes!

*Petra Rank
Vorsitzende des OV-Plauen*

verteilten sich auch noch durch verschiedene Gegenaktionen zum Aufmarsch des III. Weges. Hier müssen wir einfach noch besser mobilisieren.

Zum Tagesordnungspunkt Wahlen wurden folgende Punkte diskutiert: Wahlkampfunterstützung, Wahlaktionen, Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeinde-, Stadt- und Kreisratswahl. Sieht es mit 14 Bewerberinnen und Bewerbern für die Stadtratswahl in Plauen relativ gut aus, ist es für die Kreitagswahl kompliziert, Leute zu finden. Die Gründe dafür sind sehr unterschiedlich. Wir haben für interessierte, aber noch unentschlossene Genossinnen und Genossen das Angebot unterbreitet, noch mal eine Gesprächsrunde mit erfahrenen Stadt- und Kreisräten durchzuführen. Dieses Angebot werden einige nutzen.

Die Zuarbeiten für das Kommunalwahlprogramm der Stadt Plauen sollen bis 04.11.2018 beim Stadtvorstand eingereicht werden.

Abschließend wurde noch über die nächsten wichtigsten Termine informiert.

Petra Rank

DAMIT ALLE KINDER ALLE CHANCEN HABEN:

Jetzt unterschreiben! - Volksantrag für längeres gemeinsames Lernen

Ja! Zum Volksantrag zur Änderung des Sächsischen Schulgesetzes! Ja! Zum längeren gemeinsamen Lernen auch in Sachsen!

„In neun deutschen Bundesländern gehören Gemeinschaftsschulen zur Schullandschaft und haben sich bewährt. International sind Längeres gemeinsames Lernen und Gemeinschaftsschulen ohnehin Standard“ (aus: "Fragen und Antworten" www.gemeinschaftsschule-in-sachsen.de). Bisher hat die in Sachsen

klassen bis zur 8. bzw. sogar bis zur 10. Klasse zusammenblieben und erst dann die Jugendlichen zur EOS wechselten, die das Abitur als Hochschulreife anstrebten. Und wer das Abi geschafft hatte, wollte und sollte auch studieren – Was bitte sehr, war falsch daran bzw. welchem Schüler hat es in der Entwicklung geschadet, bis zur 8. oder 10. Klasse mit guten und weniger guten Mitschülern in der gleichen Klasse zu bleiben?

Jetzt geht es darum, durch einen er-

lichkeit zur Vorbereitung und Einführung zu schaffen. Allein dafür tritt das Bündnis „Gemeinschaftsschule in Sachsen – Längeres gemeinsames Lernen“ ein. Nebenstehend findet der Leser, welche Parteien und Organisationen sich zum Bündnis vereint haben und um Ihre/Deine Unterstützung werben. Eine kurze Anfügung ist notwendig: Dass das Formular für die Unterstützungsunterschriften so unmöglich lang ist, liegt nicht am Bündnis sondern einzig an einer demokratiefeindlichen sächsischen Verfassung. Danach muss der Antragsteller bereits ein fix und fertiges Gesetz vorlegen. D.h. die Landesregierung hofft, dass daran Initiativen für eine Basisdemokratie scheitern. Den Gefallen werden wir der CDU nicht tun!

Peter Jattke



herrschende CDU stur am Schulsystem aus Kaisers Zeiten festgehalten. Durch die frühzeitige Trennung der Schüler erfolgte so auch die soziale Spaltung nach „Privilegierten“ und dem „Rest“. So will die CDU ihre Macht zementieren. Nur in einer Legislatur, als die CDU nicht alleine regieren konnte, rang die damalige SPD der CDU die Möglichkeit ab, in Sachsen Gemeinschaftsschulen als Modell, also als „Versuch“ zu gestatten. Aus dieser Zeit bewähren sich noch das „Chemnitzer Schulmodell“ und die „Nachbarschaftsschule in Leipzig“ als Gemeinschaftsschulen. Als 2017 das gegenwärtige Schulgesetz für Sachsen behandelt und beschlossen wurde, wurden die Änderungsanträge aus der Opposition im Landtag zur Aufnahme der Gemeinschaftsschule als eine gleichberechtigte Schulart abgelehnt. Deshalb nun ein Volksantrag als Ausdruck des Willens von 66 Prozent einer repräsentativen Befragung in Sachsen, die für die Einführung von Gemeinschaftsschulen stimmten. (2017-aus Fragen u Antworten –s.o.)

Erinnern wir uns doch: Es war in der DDR selbstverständlich, dass die Schul-

folgreichen Volksantrag auch der CDU Sachsen zu zeigen, dass der Mehrheitswille auch in Bildungsfragen respektiert werden muss. Dabei geht es nicht um die Forderung einer sofortigen flächendeckenden Einführung einer Gemeinschaftsschule. Nein! Es geht einfach darum, für die Schulträger/Kommunen/ Schulkonferenzen/ Lehrerkollegien oder Elternvertreter, die es wünschen, eine gesetzliche Mög-

Unterstützer des Bündnisses: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DGB Sachsen, DIE LINKE Sachsen, Gemeinsam länger lernen in Sachsen e.V., GEW Sachsen, Grundschulverband Sachsen, GRÜNE JUGEND Sachsen, Gute Schule e.V., Junge GEW Sachsen, Jusos Sachsen, KSS – Konferenz Sächsischer Studierendenschaften, Landeselternrat Sachsen, Landesschülerrat Sachsen, Linksjugend Sachsen, Omse e.V., Paritätischer Wohlfahrtsverband Sachsen, SPD Sachsen, ver.di Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Volkssolidarität Sachsen e.V.

Auch wir sind dafür, dass unsere Kinder wieder länger gemeinsam lernen können.



DIE LINKE.

Fraktion im Sächsischen Landtag

Rico Gebhardt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag und Vater von vier Kindern www.linksfraktion-sachsen.de

AUFSTEHEN ODER DOCH LIEBER SITZEN BLEIBEN?

Maik Schwarz bekannte sich in unserer Septemberausgabe zur Sammlerbewegung "Aufstehen", weil er in ihr eine Möglichkeit sieht, die linken Kräfte im Land zusammenzubringen, und die Chance, den Rechtsruck zu stoppen und mit linken Themen wieder zur Bevölkerung durchzudringen.

Leider sind einige führende Genossinnen und Genossen unserer Partei anderer Meinung. Während der geschäftsführende Parteivorstand in einer Erklärung am 13. August noch schrieb: "Wir begleiten #Aufstehen mit Interesse, rufen aber unsere Mitglieder nicht dazu auf, sich ihr anzuschließen", distanzierte sich der Parteivorstand in einem Beschluss vom 8. September total von "Aufstehen". Unterschrieben wurde der Beschluss allerdings lediglich von 22 der insgesamt 44 Mitglieder des Parteivorstandes: 32 Mitgliedern des Parteivorstandes waren zur Beschlussfassung anwesend, acht stimmten dagegen, zwei enthielten sich. Die acht Mitglieder, die sich dem Beschluss verweigert hatten, verfassten später ein Minderheitenvotum mit dem Titel: "Chance, die Partei zu stärken".

Ich halte den Beschluss des Parteivorstandes für widersprüchlich und bin der Meinung, dass er der LINKEN schadet:

■ Im Beschluss heißt es: "Der Richtungswechsel kann nicht von einer Partei oder von Parteien alleine geschaffen werden." Genau das aber wäre eine Begründung für die Notwendigkeit der Sammlerbewegung und für ihre Unterstützung.

■ Im Beschluss steht: "Die Initiative 'Aufstehen' ist kein Projekt der Partei DIE LINKE, sondern ein Projekt von Sahra Wagenknecht, Oskar Lafontaine und weiteren Einzelpersonen." Zugleich wird kritisiert, dass die Initiative und ihre Ziele nicht in den Gremien der Partei zur Diskussion gestellt wurden. Zitiert wird dazu der Beschluss des Leipziger Parteitages: "Die Mitglieder ... entscheiden über Forderungen und Programme, Ziele und Ausrichtung der LINKEN". Dann wäre "Aufstehen" aber

ein Projekt der LINKEN, keine überparteiliche linke Bewegung.

■ Der Beschluss betont: "Die politische Linke in Deutschland braucht keine neuen Parteien." Sahra Wagenknecht hat wiederholt bekräftigt, dass sie keine neue Partei gründen will. Das steht auch im Gründungsaufruf: "Aufstehen ist .. keine neue Partei, sondern eine überparteiliche Sammlerbewegung."

■ Der Beschluss verkündet: "Um mehr Menschen von der LINKEN als oppositionelle Kraft zum Kapitalismus zu überzeugen, legen wir unseren Schwerpunkt auf die Unterstützung von Protesten, Streiks und sozialen Bewegungen, führen solche zusammen und unterbreiten Vorschläge für erfolgversprechende Strategien und laden Aktivistinnen und Aktivisten ... ein, mit uns den Kampf nicht nur um das Brot, sondern um die ganze Bäckerei zu führen." Tatsächlich beteiligt sich DIE LINKE erfolgreich an sozialen Bewegungen. Ihre Erfolge, soziale Bewegungen zusammenzuführen und ihnen erfolgreiche Strategien zu vermitteln, sind aus meiner Sicht aber überschaubar, ihr Bemühen, AktivistInnen für die Kämpfe der LINKEN zu gewinnen, begrenzt. Eine überparteiliche linke Sammlerbewegung hat hier bessere Voraussetzungen, und deshalb sollten wir uns beteiligen.

Ob "Aufstehen" Erfolge haben wird, muss sich zeigen. Vor allem wird das davon abhängen, wie die Bewegung "unten" angenommen und umgesetzt wird: im Meinungsaustausch, im fairen Meinungsstreit und vor allem in Aktionen. Ja, es stimmt: erfolgreiche Bewegungen entstanden meist spontan und von unten, nicht nach dem Aufruf einer charismatische Persönlichkeit. Yanis Varoufakis startete 2016 die Initiative DIEM25. Spielt sie heute noch eine wichtige Rolle in der Politik? Zu "Aufstehen" aber gab es in vielen Orten in ganz Deutschland Gründungsversammlungen mit Plänen für die künftige Arbeit. Also an der Basis! Auch in Plauen. Das macht Hoffnung! Wir sollten Sandra, die im Vogtland die Initiative ergriffen hat, unterstützen!

Übrigens: trotz aller Anfeindungen hat Sahra Wagenknecht meines Wissens nie zu einer Entscheidung gegen GenossInnen der LINKEN aufgerufen, die sich der Sammlerbewegung entgegen stellen. Nicht sie treibt mit "Aufstehen" einen Keil in unsere Partei. Aber die Bekämpfung der Sammlerbewegung durch prominente Vertreter der LINKEN spaltet unsere Partei und schwächt sie. Obwohl auch eine starke LINKE zur Bekämpfung der Rechtsentwicklung und im Kampf gegen die zunehmende soziale Spaltung unserer Gesellschaft dringend nötig wäre! Gilt der Aufruf von Bernd Rixinger auf dem Leipziger Parteitag noch: "Rot steht für Solidarität - auch untereinander. Deshalb lasst uns gemeinsam - und nicht gegeneinander! - unsere Differenzen klären, unsere Kräfte bündeln und unsere Inhalte durchsetzen"?

Dr. Dorothea Wolff

NACHTRAG ZU MEINEM ARTIKEL " AUFSTEHEN ODER DOCH LIEBER SITZEN BLEIBEN"

Dass sich Sahra Wagenknecht von #unteilbar und damit von der großen Demo in Berlin vom vergangenen Sonnabend distanziert hat, halte ich für falsch: Der Gründungsaufruf zu "Aufstehen" lehnt jede Art von Rassismus und Fremdenhass ab und geißelt, dass Menschlichkeit derzeit auf der Strecke bleibt. Dazu muss unbedingt gehören, dass wir auch gegen das Sterben im Mittelmeer, gegen Folter, Vergewaltigung und Sklavenverkauf in Libyen, gegen Hunger und Platzmangel in den maßlos überfüllten Lagern in Griechenland "aufstehen"!

Natürlich kann man sich über den Realitätsgehalt einzelner Positionen im Aufruf von #unteilbar streiten, und es stimmt auch, dass - wie Sahra Wagenknecht kritisiert - die Verantwortlichen für Fluchtursachen und für massiven Sozialabbau im Unteilbar-Aufruf nicht benannt werden, das darf uns aber nicht davon abhalten, leidenschaftlich gegen eine um sich greifende öffentliche Stimmung zu protestieren, für die kollektive Rufe "absaufen, absaufen" kein Tabu mehr sind!

Dr. Dorothea Wolff

LINKSJUGEND ['SOLID] ZU "LEHRER SOS" DER AfD Meldestelle für menschenverachtende Äußerungen von AfD Funktionären eingerichtet

Mit der Internetseite „Lehrer SOS“ hat die sächsische AfD-Landtagsfraktion einen Onlinepranger zur Denunziation von Lehrkräften eingerichtet. Grund dafür scheint die Angst der AfD zu sein, dass in sächsischen Schulen ein von ihr gefürchtetes Weltbild vermittelt wird: Eines, in dem Menschen für eine offene Gesellschaft ohne Hass eintreten.

Zwar sind Lehrer_innen beim Freistaat beschäftigt und sind damit zu politischer Neutralität verpflichtet, jedoch können sie sehr wohl auch ihre eigene Meinung im Unterricht wiedergeben. AfD-Funktionäre hingegen fallen fast täglich mit menschenverachtenden Äußerungen auf. Die linksjugend ['solid] Sachsen hat nun ein Portal eingerichtet, welches man mit Fakten, Zitaten von AfD-Funktionär_innen aber auch humorvollen Inhalten bestücken kann. Der jeweilige Inhalt wird dann direkt an das Meldeportal der AfD weitergeleitet und geht dort als Beschwerde ein.

Sinah Al-Mousawi vom Beauftragtenrat der linksjugend ['solid] Sachsen dazu: "Die Seite der AfD zielt auf nichts, als die Denunziation von sächsischen Lehrer_innen, die die AfD kritisieren oder nicht in ihr längst überholtes Weltbild passen."

Christopher Colditz, Vertreter der linksjugend ['solid] Sachsen im Landesvorstand von DIE LINKE fügt hinzu: „Wir begrüßen es ausdrücklich, wenn Lehrerinnen und Lehrer sich auch in der Schule für ein weltoffenes und demokratisches Weltbild einsetzen. Mit der Hilfe vieler Menschen werden wir das Denunziationsportal der AfD zu Fall bringen, wie dies bereits in Baden-Württemberg passiert ist. Wir hoffen dabei auch auf viele humorvolle Beiträge, denn was die Rechten noch weniger ertragen als Kritik und Fakten, ist Humor“.

Wenn der sächsische AfD-Abgeordnete André Wendt also mal wieder nach "Kosten für 'Hilfe bei Sterilisation' für unbegleitete minderjährige Ausländer" fragt oder aus Reihen der AfD sich darüber aufregt wird, dass "'Homosexuelle' aus aller Welt an unsere Töpfe" können, dann können solche Vorfälle ab sofort über sos.linksjugend-sachsen.de gemeldet werden. Wer helfen will, den klar antidemokratischen Ideen der AfD entgegenwirken, kann dies nun auf unserer Seite tun.~

*Das Meldeportal der linksjugend ['solid] finden sie hier:
<https://sos.linksjugend-sachsen.de>*



Monatlich authentische Informationen
aus Kuba und Lateinamerika!

Jetzt abonnieren!

deutsche Ausgabe
12 Ausgaben/Jahr
ab 18 €

www.jungewelt.de/granma

DER MARKTGERECHTE PATIENT - IN DER KRANKENHAUSFABRIK

Ein Film von unten von Leslie Franke & Herdolor Lorenz

Filmvorführung am Donnerstag, 15.11. ab 18.30 in Treuen, Begegnungszentrum- Pfarrstraße 4 B (evangelische Kita Schatzinsel)

Seit der Umstellung der Krankenhausfinanzierung auf sogenannte Fallpauschalen steht für deutsche Kliniken nicht mehr der kranke Mensch, sondern der Erlös aus seiner Behandlung im Vordergrund. Der Film DER MARKTGERECHTE PATIENT deckt die gefährlichen Auswirkungen dieser Ökonomisierung auf Patienten und Klinikbeschäftigte auf. „Krank aus der Klinik“ – so oder ähnlich lauten die Titel zahlloser alarmierender Berichte aus deutschen Krankenhäusern. Erstaunlicherweise fehlt dabei aber fast immer der Bezug auf die wesentliche Ursache dieser Zustände: die seit 2003 verbindliche Vergütung der Krankenhäuser durch sogenannte Fallpauschalen. Seitdem hat jede diagnostizierbare Krankheit einen fixen Preis. Wer mit möglichst geringen Kosten den Patienten schnell abfertigt, macht Gewinn; wer sich auf die Patienten einlässt, macht Verluste. Die Einführung der Fallpauschalen war der entscheidende Schritt zur Kommerzialisierung der Krankenhäuser, die bis dahin vom Gedanken der Empathie und Fürsorge getragen wurden. Wirtschaftsberater durchforsten seitdem jede Abteilung und prüfen, ob Vorgänge nicht mit noch weniger Personal bewältigt werden können. Die Frage ist nicht mehr: Was braucht der Patient? Sondern: Was bringt er uns? Viele ÄrztInnen und PflegerInnen können in diesem Sys-

tem nicht mehr arbeiten, ohne selbst krank zu werden. „Wären die Fallpauschalen ein Medikament, so müsste man sie mit sofortiger Wirkung vom Markt nehmen. Alle versprochenen Wirkungen sind ausgeblieben, und alle Nebenwirkungen sind eingetreten“, resümiert der Berliner Ärztekammerpräsident Dr. Günther Jonitz.

DER MARKTGERECHTE PATIENT handelt von den Ursachen und fatalen Folgen der Fallpauschalen. Leslie Franke und Herdolor Lorenz (bekannt aus den Filmen „Wer rettet Wen?“, 2015; „Water Makes Money“, 2011) haben sich dazu mit MedizinerInnen, Pflegepersonal und Patienten getroffen, mit Krankenhausmanagern und Gesundheitsaktivisten. Auf der Basis einer scharfen Ursachenanalyse liefert ihr Film Argumente für alle, die sich für eine menschenwürdige und soziale Gesundheitsversorgung für Patienten und Beschäftigte einsetzen wollen.

DER MARKTGERECHTE PATIENT will ganz bewusst die Diskussion über die Ausrichtung der Gesundheit am Profit vorantreiben, entsprechende Volksbegehren unterstützen und Bündnisse initiieren. Nach der Premiere am 8. November 2018 wird der Film in über 100 Kinos gezeigt! Darunter eben nun auch in Treuen. Dieser Film konnte nur durch viele Einzelspenden finanziert werden. Im Anschluss an die Vorführung findet ein offener Meinungsaustausch statt.

Sie sind herzlich dazu eingeladen. Bringen Sie Nachbarn, Bekannte und Betroffene mit! Als Sponsoren dieses Filmes freuen sich auf Ihr Kommen: Sandra Steiner für die Kriegskinderstiftung und Peter Jattke, Vorsitzender OV Treuen-Lengenfeld

www.der-marktgerechte-patient.org

Wer eine eigene Vorführung in seinem OV oder eventuell auch ganz unabhängig veranstalten möchte, kann sich gerne bei Sandra Steiner (sandra@kriegskinder.org, 037439/129288) melden, Film, Beamer und Bereitschaft zur Unterstützung sind vorhanden.

Peter Jattke

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.10.2018, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.11.2018. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.



ANDRÉ HAHN

Geheimdienste außer Kontrolle – ein Insider berichtet

14. November 2018, 18-20 Uhr
Jugendherberge „Alte Feuerwache“
Neundorfer Straße 3, Plauen

DIE LINKE.
Kreisverband Vogtland